

Demografischer Wandel

Die Gründer gehen aus

Hrsg.: Institut der deutschen Wirtschaft (iw), Köln

Die Zahl der Selbstständigen einschließlich der Freiberufler wird hierzulande aus demografischen Gründen in den kommenden Jahrzehnten um deutlich mehr als eine halbe Million zurückgehen. Deswegen muss ein noch größerer Anteil junger Leute dazu bewegt werden, sich beruflich auf die eigenen Füße zu stellen. Aber auch älteren Semestern sollten Existenzgründungen schmackhaft gemacht werden.*)

Der enge Zusammenhang zwischen Existenzgründungen und Wirtschaftswachstum ist in Deutschland lange Zeit vernachlässigt worden. Länder, in denen mehr Menschen das Wagnis der Selbstständigkeit eingehen, sind auch in punkto Wirtschaftsleistung Spitze. So ist jeder fünfte Ire Unternehmer. Entsprechend positiv hat sich das Wachstum zuletzt entwickelt; Zuwachsraten von mehr als 6 Prozent waren kein Einzelfall. In Deutschland dagegen krebst das Wirtschaftswachstum seit langem an der Nulllinie entlang – und nur 10 Prozent der Erwerbspersonen haben eine eigene Firma.

Seit einigen Jahren jedoch hat sich das Gründungsklima in der Bundesrepublik verbessert – durch die New Economy hat eine große Zahl junger Leute die Selbstständigkeit kennen und schätzen gelernt. Und auch die Politik richtet ihr Augenmerk nunmehr verstärkt darauf, Unternehmensgründungen zu fördern. So hat die Bundesregierung Anfang 2003 das Ziel formuliert, die Selbstständigenquote auf 14 Prozent zu erhöhen, was dem europäischen Durchschnitt entspricht.

Der angestrebte Anstieg um rund 1,5 Millionen Betriebe droht allerdings durch den demografischen Wandel zu platzen. Verschiedene Untersuchungen zeigen nämlich, dass die typischen Gründer gut ausgebildet und meist nicht älter als 40 Jahre sind:

Laut Gründungsmonitor der KfW Mittelstandsbank sind über 60 Prozent der Jungunternehmer zum Zeitpunkt der Gründung nicht einmal 40

Jahre alt – nur ein knappes Fünftel zählt 50 Jahre und mehr.

Schreibt man diese Altersverteilung fort, dann droht der Unternehmensbestand in Deutschland regelrecht auszudünnen (Grafik):

- In der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen, auf die zuletzt mit rund 152 100 noch das Gros der Neugründungen entfiel, werden sich 2050 nur noch 91 500 Frauen und Männer für die Selbstständigkeit entscheiden – ein Minus von 40 Prozent gegenüber 2003.
- In der zweitstärksten Gründergruppe, den 20- bis 29-Jährigen, gibt es in rund fünf Jahrzehnten 30 Prozent weniger Jungunternehmer.

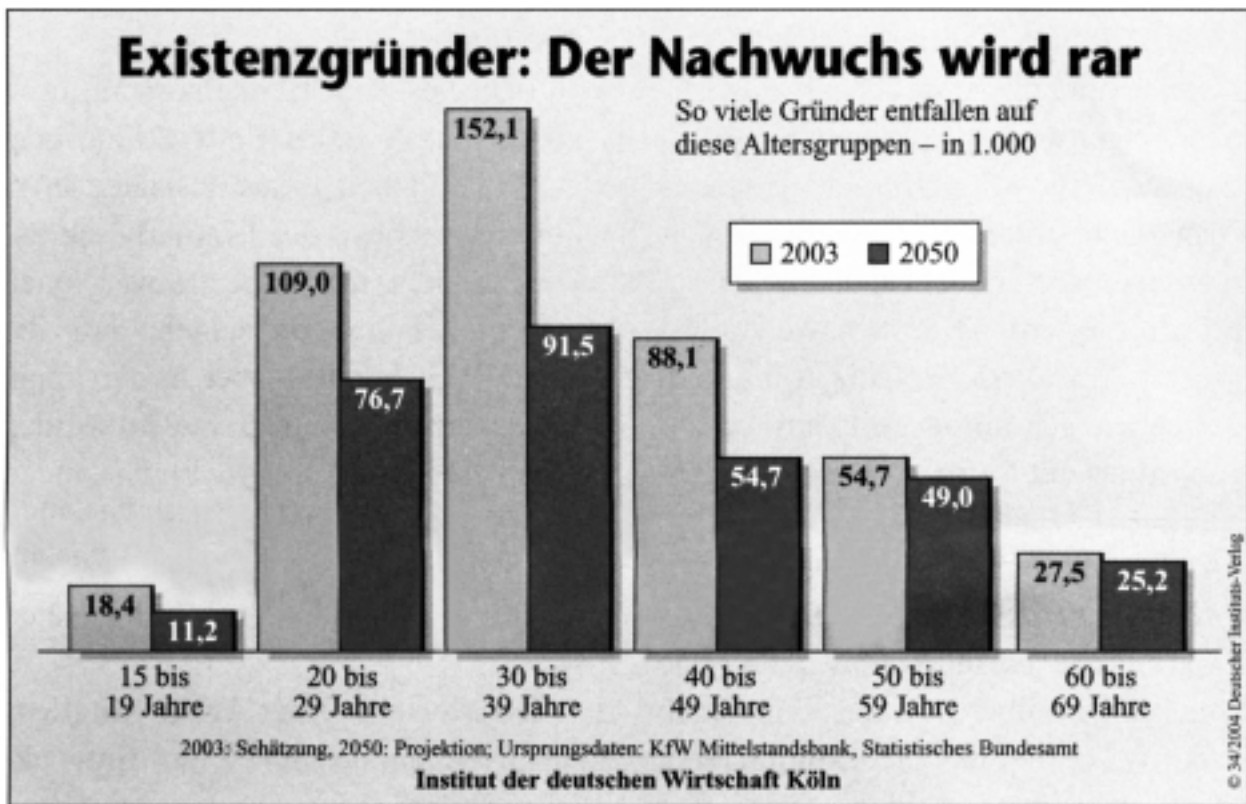
Insgesamt wird der Rückgang an Existenzgründungen bis 2050 mit einem Drittel doppelt so stark ausfallen wie der Bevölkerungsrückgang.

Die Zahl der Selbstständigen wird somit von momentan 3,6 Millionen auf 2,9 Millionen zur Jahrhundertmitte zurückgehen. Das hat noch weitere Folgen: Unterstellt man auch für die Zukunft, dass jeder Gründer durchschnittlich 2,4 Arbeitsplätze schafft, ergibt sich ein Defizit von mindestens 1,8 Millionen Arbeitsplätzen.

So weit muss es allerdings nicht kommen. Um den starken Rückgang des Gründerpotenzials aufzufangen, gibt es eine ganze Reihe von Stellschrauben. Die wichtigsten sind:

*) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Deutschland altert – Die demographische Herausforderung, Ein Kompass für 82 Millionen Menschen, Köln 2004, 44 Seiten, 3 Euro, Mindestabnahme 3 Exemplare, Bestellung über Fax: (02 21) 49 81 – 4 45 oder unter www.divkoeln.de





1. Gründungsaktivitäten der mittleren Jahrgänge stärken

Dazu könnten beispielsweise Ausgründungen aus Unternehmen unterstützt sowie Technologie- und Gründerzentren mit umfassenden Serviceleistungen eingerichtet werden. Hilfreich wären auch mehr Gründerlehrstühle an den Universitäten und Fachhochschulen sowie die Unterstützung von Gründern, die zwar schon einmal gescheitert sind, es aber trotzdem noch einmal wagen wollen.

2. Förderung von Frauen

Bislang geht in Deutschland nur jede dritte Existenzgründung auf das Konto von Frauen. Zwar stellen sie bei personenbezogenen Diensten, im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Erziehungswesen schon fast die Hälfte und in der Gastronomie immerhin 40 Prozent der Unternehmer. Im Handel aber ist der Anteil weiblicher Selbstständiger mit rund einem Drittel noch weit unterdurchschnittlich.

3. Förderung von Ausländern

Auch bei den Zuwanderern liegt die Selbstständigengquote mit 8,4 Prozent noch unter dem (ohnehin niedrigen) deutschen Wert von 10 Prozent. Das ist umso erstaunlicher, als die Selbstständigengquote in den meisten Herkunftsländern der Zuwanderer deutlich höher ausfällt:

In Griechenland zum Beispiel arbeiteten zu Beginn dieses Jahrzehnts mehr als 45 Prozent aller Erwerbstätigen auf eigene Rechnung; in Portugal, Italien und Spanien waren es immerhin zwei- bis dreimal so viele wie in Deutschland

4. Unternehmensnachfolge sichern

Fast zwei Millionen der kleinen und mittleren Betriebe in Deutschland sind Familienbetriebe. Nach einer Studie des Bonner Instituts für Mittelforschung stehen allein in den nächsten fünf Jahren rund 355 000 von ihnen vor dem Problem, einen Nachfolger für den Chef oder die Chefin zu

finden. In 7,5 Prozent der bisherigen Fälle mussten die Betriebe nur deshalb stillgelegt werden, weil sich kein geeigneter Nachfolger gefunden hat. Hochgerechnet auf die nächsten zehn Jahre wären demnach bis zu 70 000 Unternehmen in ihrer Existenz bedroht.

Abhilfe schaffen können Projekte wie z.B. KONTINUUM (Konzeption und Realisierung von Gesprächen zur Unternehmensübergabe), zu finden im Internet unter www.kontinuum-online.de. Zu den Projektpartnern gehören Vertreter aus den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern, von Banken und Unternehmensberatungen. KONTINUUM hat unter anderem ein Nachschlagewerk rund um den Themenkomplex Unternehmensnachfolge zusammengestellt. Es soll Beratern von Kammern, Verbänden und Wirtschaftsförderungsgesellschaften dabei helfen, Fälle zu strukturieren, die wirklichen Probleme zu erkennen und Lösungswege zu finden – bis hin zu den emotionalen Aspekten, etwa der Sorge um das eigene Lebenswerk.

5. Abbau von bürokratischen Hemmnissen für Gründer und kleine Unternehmen

Einer aktuellen Untersuchung der Weltbank zufolge öffnet in Deutschland eine neue Firma erst nach durchschnittlich 1,5 Monaten ihre Pforten, zuvor mussten neun verschiedene Stellen angelaufen werden. Viel flotter geht es jenseits der Ozeane: Allenfalls zwei bis drei Tage und Vorgänge sind in Australien und Neuseeland für den Papierkram zu veranschlagen. Und auch die Dänen (vier Tage, vier Anlaufstellen) sowie die Niederländer (elf Tage, sieben Vorgänge) schlagen die deutsche Gründungsbürokratie um Längen.

Trotz einiger Initiativen von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement in Sachen Bürokratieabbau bleibt der große Wurf noch aus. Hier zeigen Beispiele aus dem Ausland, wie man es besser machen kann. So gilt in den Niederlanden eine Zielvereinbarung, die Bürokratiebelastung bis 2006 um 20 Prozent zu verringern. Ministerien und Behörden müssen hierfür Konzepte vorlegen. Auch

Dänemark lässt die Bürokratiekosten in der Wirtschaft systematisch erfassen, um den administrativen Aufwand gezielt reduzieren zu können.

6. Mentalitätswandel in der Bevölkerung

Wer Unternehmen bürokratische Fesseln anlegt, braucht sich nicht zu wundern, wenn Forderungen nach mehr Mut zur unternehmerischen Existenz auf taube Ohren stoßen – zumal auch die gute soziale Absicherung am Arbeitsplatz ein Argument gegen freies Unternehmertum mit allen seinen Risiken ist. Hier arbeitet jedoch die Zeit für die Gründer. Denn der deutsche Sozialstaat erweist sich in seiner jetzigen Form als kaum noch finanzierbar. In Zukunft werden abhängig Beschäftigte ebenfalls mehr Risiken eigenverantwortlich absichern müssen, sodass der Schritt in die Selbstständigkeit als Alternative dann weniger unsicher erscheint.

Auch das Prinzip der zweiten Chance, wenn die erste Gründung in die Hose ging, sollte hierzulande selbstverständlich werden. In den USA beispielsweise werden Unternehmer, die einmal gescheitert sind, nicht gleich als „Verlierer“ stigmatisiert.

Zwei Aktivposten gibt es hierzulande bereits, die Einsteigern das Leben erleichtern: die Gründungsförderung und die öffentliche Infrastruktur. Die Industrie- und Handelskammern beispielsweise beraten flächendeckend Gründer. Auch Landesinitiativen wie „Go!“ in NRW greifen Gründungswilligen unter die Arme. Nicht zuletzt offeriert die KfW Mittelstandsbank eine ganze Palette an Fördermaßnahmen, die speziell auf die Belange von Start-ups zugeschnitten sind.

Dokumentation: A 243

INFOnet > Suchbegriff: ibv 18/2004

iwd Nr. 34 v. 19. 8. 2004;
Zentrale PP 53 9/2004